

Eine neue Erinnerungskultur

—
1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

JÜRGEN RÜTTGERS

Geboren 1951 in Köln, 1994 bis 1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Kuratoriumsvorsitzender des Vereins „321–2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Mitglied des Kuratoriums der Auschwitz-Birkenau-Stiftung.

Am 7. Dezember 2015 fand im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Festakt aus Anlass der Gründung des Landesverbandes Nordrhein der jüdischen Gemeinden statt, die eigentlich bereits im November 1945 erfolgt war – sechs Monate nach der Kapitulation des Deutschen Reiches. Diese von Philipp Auerbach initiierte Gründung war eine unglaubliche Geschichte. Auerbach war ein Oberregierungsrat in Düsseldorf, der mit der Aufgabe der „Fürsorge für politisch, religiös und rassisch

Verfolgte“ betraut war. Er hatte selbst Auschwitz und Buchenwald überlebt. Er kämpfte mit aller Kraft als Vertreter eines Staates, den es gar nicht mehr gab, für die Opfer der Nazidiktatur.

Später wechselte er als Staatsrat in die bayerische Staatsverwaltung. Er kämpfte für Gerechtigkeit, womit er sich nicht nur Freunde machte. Er wurde verleumdet und vor Gericht gestellt. Nachdem die Richter – alle drei alte Nazis – keinen Grund fanden, ihn wegen maßgeblicher Vorwürfe zu verurteilen, blieben nur noch Nebensächlichkeiten, aufgrund derer er verurteilt wurde. Das hat er menschlich nicht verkraftet und sich in der Nacht nach dem Urteil 1952 das Leben genommen. Ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags rehabilitierte ihn 1954.

Damals, im Jahre 1946, hatten die jüdischen Gemeinden in der Provinz Nordrhein nur 810 Mitglieder. Da 75 Jahre nach der Befreiung von der Nazidiktatur wieder Antisemiten in unseren Parlamenten saßen, wollten wir, die Mitglieder des Vereins „321–2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, aufstehen und Verantwortung übernehmen. Weil wir helfen wollen, dass unsere jüdischen Mitbürger in unserem Land so leben können, wie es ihnen von unserem Grundgesetz garantiert wird, weil wir wollen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben können, wollen wir Plattformen für Gemeinsamkeit aufbauen. Anlass war ein historisches Datum. Im Jahre 321 n. Chr. schickte der römische Kaiser Konstantin einen Erlass an die Stadt Köln (damals noch unter dem Namen *Colonia Claudia Ara Agrippinensium*), durch den sichergestellt werden sollte, dass jüdische Mitbürger in den Stadtrat berufen werden konnten. Wir wollten das Jahr 2021 nut-

zen, um jüdisches Leben heute und damals öffentlich zu zeigen. Wir wollten an die Grausamkeiten erinnern, die es in den vergangenen 1.700 Jahren gegeben hat. Wir wollten über das größte Menschheitsverbrechen, aber auch die vielen anderen Pogrome berichten. Wir wollten darüber nachdenken, was wir unseren jüdischen Mitbürgern in der Wissenschaft, der Kunst und Kultur, der Wirtschaft und der Philosophie zu verdanken haben. Wir wollten zusammen einen Aufstand gegen den Antisemitismus organisieren. Wir wollten über das sprechen, was uns im Jahr 2021 und in Zukunft verbindet. Und wir wollten zusammen feiern.

Überall in Deutschland, aber auch zusammen mit unseren jüdischen Freunden in Israel, in den USA, in Europa wollten wir feiern, damit vor allem junge Menschen lernen können, was jüdisches Leben ist. Heute leben rund 100.000 Juden in Deutschland. Wir wollen in diesem Jahr Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft übernehmen. Und wir sind stolz, dass – trotz der Pandemie – in diesem Jahr überall in unserem Land mehr als 1.000 Veranstaltungen stattfinden.

GELUNGENER NEUANFANG – FEHLER BEI DER AUFARBEITUNG

Zwischen 1939 und 1945 wurde ein Sechstel der polnischen und ein Fünftel der ukrainischen Bevölkerung getötet. Nach Schätzungen sind rund zwanzig Millionen Einwohner der Sowjetunion, in China zwischen fünfzehn und zwanzig Millionen Menschen im Krieg getötet worden.¹ Im Laufe des Zweiten Weltkriegs töteten Deutsche oder Kollaborateure sechs Millionen

Juden und sechs bis acht Millionen Nichtsoldaten und andere Kämpfende.²

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Menschen, die aus den Konzentrationslagern, den Gefängnissen und dem Exil, von den Schlachtfeldern oder aus der Emigration zurückkamen, eine neue Demokratie aufzubauen.³ In der wiedergegründeten SPD übernahm Kurt Schumacher, der fast zehn Jahre lang unter den Nationalsozialisten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gelitten hatte, die Führung. Auch der Gründungskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, war ein Verfolgter des nationalsozialistischen Regimes.⁴ Von Anfang an wollte Adenauer den neuen Staat „als Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat“ aufbauen. Er wollte eine Demokratie nach westlichem Muster.⁵ Dazu gehörte für ihn auch die Aussöhnung mit dem Staat Israel und die Überwindung der deutsch-französischen Erbfeindschaft. Am 27. September 1951 gab Adenauer eine feierliche Erklärung vor dem Deutschen Bundestag ab. Diese Erklärung war die Grundlage des Luxemburger Abkommens.

Ungeachtet dieser ersten Schritte zur Aussöhnung bleibt, dass die Justiz in weiten Teilen bei der Aufarbeitung der Nazi-verbrechen versagte. Es gab zu viele „Richter in eigener Sache“. Erst nachdem in den 1960er-Jahren nicht nur das politische Klima, sondern sich auch die kulturellen und gesellschaftlichen Lebenswelten änderten, begannen neue Diskurse und Konflikte zwischen jungen Menschen und der Generation ihrer Eltern. Mit dieser kulturellen Veränderung ging die Nachkriegszeit zu Ende. Adenauer schied zwar „nicht frohen Herzens“ aus dem Amt. Er wusste aber trotz aller Befürchtungen, dass die Bundesrepublik eine stabile,

„funktionstüchtige westliche Demokratie“ war.⁶ Durch die großen NS-Prozesse wie den Eichmann-Prozess in Jerusalem, den Auschwitz-Prozess, der in Frankfurt von Fritz Bauer gegen viele Widerstände vorangebracht worden war, wurden Fragen laut, was denn in der NS-Zeit in der eigenen Familie oder der Nachbarschaft damals geschehen war. Viele Junge wollten wissen, was die Alten damals getan hatten.⁷

„UNTRENNBAR VERBUNDEN“

In den letzten siebzig Jahren haben Menschen in Deutschland versucht, die Erinnerung an die sechs Millionen ermordeten jüdischen Opfer im Holocaust zu erhalten. Wir sind heute darauf stolz, dass es uns in Deutschland gelungen ist, eine gesellschaftliche Verständigung darüber zu erarbeiten, wie wir mit dem Holocaust umgehen wollen. „Deutsche Juden und Nichtjuden sind untrennbar verbunden, die Nachkommen der Mörder und die Nachkommen der Ermordeten, sie können, auch wenn sie wollten, einander nicht entrinnen“, schreibt Uwe von Seltsmann.⁸ Vielfach bedurfte es großer Anstrengungen, das als notwendig Erachtete durchzusetzen. Es dauerte länger als fünfzehn Jahre, bis das von Richard Serra und Peter Eisenman entworfene „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ der Öffentlichkeit übergeben werden konnte.⁹

Immer wieder wurde über die Aufarbeitung unserer Geschichte, die Zeit der Nazibarbarei und des Zweiten Weltkriegs, über Erkenntnisse und Meinungen, Wahrheit und Unwahrheit, über die politischen Folgen und das politisch Beabsichtigte

gestritten, weil sie Grundlagen für unsere Erinnerungskultur waren oder werden sollten.

Die US-amerikanische Fernsehserie *Holocaust* hatte in Deutschland fast zwanzig Millionen Zuschauer. Im Jahre 1986 fand im „Historikerstreit“ ein öffentlich ausgetragener Streit über die „Einzigartigkeit des Holocaust“ vor allem zwischen dem „Sozialphilosophen Jürgen Habermas“ und dem Zeithistoriker Ernst Nolte statt. Dieser große Streit betraf vor allem die Frage der Vergleichbarkeit des Holocaust mit anderen historischen Ereignissen.¹⁰

Auch die „Wehrmachtsausstellung“, die unter der Überschrift „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ von 1995 bis 1999 öffentlich gezeigt wurde, rief große Emotionen hervor. In dieser Ausstellung gab es „gravierende Fehler“, aber auch „Bilder von Erhängungen und Erschießungen von Soldaten und Zivilisten durch Angehörige der Wehrmacht“, die erstmals gezeigt wurden. So trat der „Alltag des Krieges“ hervor, „der in den Anekdoten der Kriegsheimkehrer nicht vorkam.“¹¹

GEFÄHRLICHE VERIRRUNGEN

Wer nun glaubt, dass nach den Fortschritten, die die deutsche Gesellschaft bei der Entwicklung der Erinnerungskultur gemacht hat, dankbar auf das Erreichte zurückgeblickt werden könne, täuscht sich. In den letzten Jahren sind alte Stereotype neu entstanden. In Deutschland und Europa ist linkes und rechtes „Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur“ öffentlich geworden. Hinzu kommt ein reli-

giöser Antisemitismus. In unseren Parlamenten sitzen wieder Antisemiten sowie Rechts- und Linksradikale. Mit Pegida ist eine Organisation gewachsen, die nationalistisch und fremdenfeindlich ist.

Mehr als 200 Menschen sind seit 1990 durch braunen Terror getötet worden. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ist aus rechtsradikalen Motiven erfolgt. In Hamm wurden bei einem Anschlag am 19. Februar 2020 neun Menschen erschossen. Ein Bekenner schreiben und ein Video enthielten rassistische Ansichten.

In Halle fand ein Anschlag auf die Synagoge an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, statt. Als dieser misslang, wurden zwei unbeteiligte Menschen getötet und zwei weitere verletzt. 2015 und 2016 gab es politisch motivierte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. 2015 verletzte ein Rechtsextremist die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker mitten im Kommunalwahlkampf. Die Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) blieb dreizehn Jahre lang unerkannt. Auch die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten hat 2019 erheblich zugenommen.¹²

Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen hat in Deutschland eine neue Debatte über die Erinnerungskultur begonnen. „Die größte Gefahr für alle in unserem Land war und ist der Rechtsextremismus. Und natürlich ist radikal rechtes Gedankengut ein wesentlicher Träger des Judenhasses. Auch im Linksextremismus ist Antisemitismus tief verwurzelt. Hinzu gekommen ist der Dschihadismus, die Gefahr durch den radikal islamischen Hass auf unsere Lebensart“, sagt Charlotte Knobloch im Deutschen Bundestag.¹³ Antisemitismus,

Rassismus und Nationalismus sind inakzeptabel. Wie gefährlich diese neuen Verirrungen sein können, hat schon George Orwell in einem Essay im Jahre 1945, der in diesen Tagen erstmals in Deutsch veröffentlicht wurde, beschrieben. Nationalismus und Patriotismus sind nicht dasselbe. Nationalismus ist für Orwell eine „Abirrung des Denkens“. Orwell stellt fest: „Jeder Nationalist ist zur eklatantesten Schandtat imstande, aber er ist auch – im Bewusstsein, einer Sache zu dienen, die größer ist als er selbst – unerschütterlich sicher, im Recht zu sein.“¹⁴

Die französische Rabbinerin Delphine Horvilleur schreibt: „Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen Antisemitismus und anderen Rassismen. Letztere hassen den anderen im Allgemeinen für das, was er nicht hat: die gleiche Hautfarbe, die gleichen Bräuche, die gleichen kulturellen Referenzen oder die gleiche Sprache.“¹⁵ Und: „Wer die Juden hasst, hasst vor allem seine eigene identitäre Schwachstelle.“¹⁶

GEMEINSAME ERINNERUNGSKULTUR ENTWICKELN

Weil der Antisemitismus mit seinen alten Stereotypen neu entsteht und wächst, müssen wir dagegen kämpfen, dass die Erinnerungskultur beschädigt wird. „Unsere Erinnerungskultur schützt nicht vor einer dreisten Umdeutung oder gar Leugnung der Geschichte“, sagt Wolfgang Schäuble.¹⁷

Weil die Fragen der Enkel der Kriegsgeneration anscheinend noch nicht beantwortet sind, bleibt der kommenden Generation eine große Aufgabe. Weil unsere Zukunft in Europa liegt, müssen die Mit-

gliedstaaten des vereinten Europas eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln. Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hofft, dass das Festjahr 2021 „weit über 2021 hinaus nachhaltig einen Beitrag zum jüdischen Leben und seiner Geschichte in Deutschland leisten“ kann, „und möglicherweise auch für Europa“.¹⁸

Für Konrad Adenauer war die neue Bundesrepublik ein Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat. Nur als Teil Europas konnte Deutschland den Nationalsozialismus überwinden. Nur das besiegte Deutschland war in der Lage, Mitglied des Vereinten Europa zu werden. Weil die Bundesrepublik Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft war, konnte die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der „Großen Europäischen Freiheitsrevolution von 1989/1990“ Wirklichkeit werden.

Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron geforderte europäische Souveränität kann nur auf Dauer Wirklichkeit sein, wenn die Europäische Union die Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung und Klimakatastrophe meistert. Die Europäische Union ist heute schon ein demokratischer Staat, der über ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsmacht verfügt.¹⁹ Die staatliche Souveränität ist in Europa aufgeteilt zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union.

Das Anwachsen von Nationalismus, Antisemitismus sowie des Links- und Rechtsradikalismus zeigt, dass in ganz Europa eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickelt werden und entstehen muss, um einen Rückfall in faschistische oder kommunistische Denkschemata zu verhindern.

Aleida Assmann verweist darauf, dass „das nationale Gedächtnis [...] im 19. Jahrhundert geschaffen wurde, um die nationale Identität zu stützen und ein heroisches Selbstbild zu zelebrieren“.²⁰ Sie schreibt: „Geschichte verengt sich im nationalen Gedächtnis auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt. Angesichts einer schuldhaften oder traumatisierten Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und dieser Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierbaren Narratives werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene ‚vergessen‘.“²¹ Sie fügt hinzu: „Das nationale Gedächtnis existiert im heutigen Europa aber keineswegs mehr in Isolation, sondern ist untrennbar mit anderen nationalen Gedächtnissen verbunden. Der Holocaust ist Teil eines Weltgedächtnisses, der Zweite Weltkrieg eines europäischen geworden.“ Aleida Assmann zieht daraus folgenden Schluss: „Offensichtlich kann die europäische Integration nicht wirklich fortschreiten, solange sich die monologischen Gedächtniskonstruktionen weiter verfestigen. Integration und Friedenssicherung erfordern ein ‚dialogisches Erinnern‘. Diese Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte ist als große kulturelle politische Chance im Projekt Europa enthalten.“²²

Obwohl wir Deutschen stolz auf unsere Erinnerungskultur sind, müssen wir diese europäische Dimension in unser

Denken und Fühlen aufnehmen. Dazu ist wichtig zu verstehen, dass eine europäische Erinnerungskultur kein Ersatz für unsere nationale Erinnerungskultur ist. Es geht auch nicht um eine europäische Einheitserinnerung. Es geht darum, dass wir lernen, was im Namen Deutschlands in unseren europäischen Nachbarländern Böses getan wurde. Wir sollten versuchen, zusammen mit unseren Freunden und Nachbarn diese Aufgabe gemeinsam zu erfüllen. Deutschland muss endlich das Schicksal der NS-Opfer in ganz Europa wahrnehmen und würdigen.²³ Wir haben selbst erlebt, wie schwer es ist, die historische Wahrheit zu erkennen. Wir spüren, dass noch so gute Reden nicht ausreichen, um den Opfern gerecht zu werden. Wir spüren auch, dass Betroffenheit allein nicht ausreicht. Wir wissen, dass es immer schwerer wird, glaubhaft zu erinnern, wenn die Zeitzeugen uns nicht mehr helfen. Es reicht auch nicht aus, die Aufgabe des Erinnerns den Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu übergeben.

In unserem Land, in Deutschland, dem Land der Täter, in dem viele Opfer noch nicht benannt, Täter noch unbekannt und die Orte, wo das Unfassbare geschah, schon vergessen sind, bleibt das Erinnern eine Zukunftsaufgabe, um der Opfer willen, aber auch um unserer eigenen Zukunft willen.

Jede Generation muss dazu ihren eigenen Beitrag leisten. Es ist an der Zeit, sich gemeinsam in Europa auf den Weg zu machen.

In der gedruckten Fassung dieses Beitrages in der Zeitschrift „Die Politische Meinung“, Nr. 568, Mai/Juni 2021, wurde auf den Abdruck des wissenschaftlichen Anmerkungsapparates verzichtet. Der Beitrag ist der Auftakt einer dreiteiligen Serie zu „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

- ¹ Keith Lowe: Furcht und Befreiung, Stuttgart 2019, S. 77 ff.
- ² Christian Gerlach: Der Mord an den europäischen Juden, München 2017, S. 12 ff.
- ³ Jürgen Rüttgers: „Er war ein ganz großer Häuptling“. Neues über Konrad Adenauer, Paderborn 2017, S. 114 ff.
- ⁴ Jürgen Rüttgers: a. a. O., En. 3, S. 20 ff., insbesondere S. 49.
- ⁵ Jürgen Rüttgers: a. a. O., En. 3, S. 65.
- ⁶ Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 354 f.
- ⁷ Hubert Kleinert: Das geteilte Deutschland, Die Geschichte 1945–1990, Wiesbaden 2019, S. 264 ff.
- ⁸ Uwe von Seltmann: Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, Erlangen 2021, S. 41.
- ⁹ Lea Rosh: Die Entstehung des Denkmals – eine Bürgerinitiative, holocaust-denkmal-Berlin.de [letzter Zugriff: 22.03.2021].
- ¹⁰ Klaus Große Kracht: „Debatte: Der Historikerstreit, Version: 1.0“, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.01.2010, http://docupedia.de/zg/kracht_historikerstreit_v1_de_2010 [letzter Zugriff: 22.03.2021].
- ¹¹ Aleida Assmann: Der europäische Traum, Vier Lehren aus der Geschichte, bpb Bonn 2019, S. 124 f.; Bogdan Musial: Der Bildersturm, Aufstieg und Fall der ersten Wehrmachtsausstellung, bpb, 01.09.2011, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53181/die-erste-wehrmachtsausstellung [letzter Zugriff: 22.03.2021].
- ¹² Deutsche Welle, Chronologie: Rechte Gewalt in Deutschland, DW 20.02.2020; Bundesamt für Verfassungsschutz, Thema: Linksradikalismus, in: verfassungsschutz.de.
- ¹³ Charlotte Knobloch: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 27.01.2021.
- ¹⁴ George Orwell: Über Nationalismus, deutsche Erstausgabe, München 2020, S. 10.
- ¹⁵ Delphine Horvilleur: Überlegungen zur Frage des Antisemitismus, Berlin 2020, S. 93.
- ¹⁶ Daniel Sibony: L'Énigme antisémite, Paris 1996, S. 90, zitiert nach Delphine Horvilleur, a. a. O., En. 15, S. 92.
- ¹⁷ Wolfgang Schäuble: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 27.01.2021.
- ¹⁸ Ulrike und Constantin von Hoensbroech: „Vielfältige Perspektiven“, in: Jüdische Allgemeine, 18.02.2021/6. ADAR 5781, Nr. 7, S. 11.
- ¹⁹ Jürgen Rüttgers: Mehr Demokratie in Europa. Die Wahrheit über Europas Zukunft, Marburg 2016, S. 53 ff.
- ²⁰ Aleida Assmann: a. a. O., En. 11, S. 133.
- ²¹ Aleida Assmann, a. a. O., En. 11, S. 133 f.
- ²² Aleida Assmann, a. a. O., En. 11, S. 134.
- ²³ Klaus Kellmann: Dimensionen der Mittäterschaft, Die Europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich, bpb Bonn 2019, S. 25 ff.